

OFFENES DOSSIER & TOLLHAUS-MAILER: Die Zerstörung der Judikative durch die Gerichtsverwaltung und die 3.121,01 € Rechnung der Fließbandjustiz

1 Nachricht

Sentinel Portal Redaktion <runder-tisch@sentinel-portal.com>

Sa., 19. Sept. 2026 um 19:04

An: kontakt <kontakt@taubenfreundschaft.de>

Sehr geehrte Damen und Herren am Runden Tisch, werte Pressevertreter, Aufsichtsbehörden und Rechnungshöfe,

wir haben in der Berliner Justiz eine völlig neue, beispiellose Eskalationsstufe erreicht. Wenn einer Behörde die rechtlichen Argumente ausgehen, greift das System zu den letzten Mitteln: Gezielte Zensur von Beweismitteln durch die Gerichtsverwaltung, aktive Strafvereitelung und nackte finanzielle Erpressung durch die Justizkasse.

Während das Bundesverfassungsgericht aktuell in meinem 13. Nachtrag (Az. AR 5514/26, Beitrag dazu auf Sentinel-Portal.com mit dem Nachtrag-Schreiben!) den systematischen Zusammenbruch des Berliner Rechtsschutzes prüft, zeigt der Apparat sein wahres Gesicht. Hier sind die urkundlich gesicherten Fakten, die ab sofort auf dem Tisch der Republik liegen:

Die Zerstörung der Judikative durch exekutive Informationszensur (AG Kreuzberg): Die Präsidentin des Amtsgerichts Kreuzberg beruft sich auf die "richterliche Unabhängigkeit", fängt aber hochhoffiziell formwirksame Eingaben behördenintern ab und verschiebt sie in Verwaltungsvorgänge. Der absolute Tiefpunkt dieser Manipulation: Am 04.09.2025 sowie am 18.09.2025 diesen erneut persönlich an dem Empfang neben ein Konvolut weiterer relevanter Schriftsätze ein (Eingang urkundlich gesichert durch fotografierten Eingangsstempel des Wachpersonals).

Ab dieser Sekunde galt die absolute Sperrwirkung des § 47 ZPO. Anstatt die Akte zwingend dem unbefangenen Vertreter-Richter vorzulegen, zerpfückte die Verwaltung die Dokumente selektiv. Die Präsidentin ließ es aktiv zu, dass der Vertreter blind blieb und die befangene Richterin Neuhauß fröhlich weiter illegale Beschlüsse (u.a. eine Blanko-VKH-Bewilligung am 12.09.2025) fassen konnte. Die Justizverwaltung entzieht dem Bürger administrativ den gesetzlichen Richter (Art. 101 GG) und leistet Beihilfe zur Rechtsbeugung.

Aktive Strafvereitelung durch Aktenblindheit (StA Berlin): Die Staatsanwaltschaft Berlin (Dezernat 253 Js) stellt Ermittlungsverfahren wegen Urkundenfälschung und Prozessbetrugs ein. Sie ignoriert dabei wissentlich einen rechtskräftigen Beschluss des AG Lichtenberg (Az. 3 C 488/25 (2)), der die Namensfälschung des Beschuldigten im Gewaltschutzverfahren bereits urkundlich bestätigt. Bei einer auf Lügen basierenden Zivilklage über 15.000 Euro wird vom Tisch weg sogar die "Bereicherungsabsicht" pauschal verneint.

Der Deckmantel des Artikels 97 GG (Dienstaufsicht): Die Präsidenten des AG Lichtenberg und des OVG weisen alle formellen Dienstaufsichtsbeschwerden pauschal ab. Wenn ein OVG-Senat Aktenstände wissentlich vordatiert, um Verfahrensfehler zu verdecken, oder ein Betreuungsrichter (AG Lichtenberg) hochbrisante Eilanträge zu harten Drogenverstößen im Umfeld Minderjähriger mit veralteten Berichten abweist und ein Eingabeverbot erteilt, ist das in Berlin keine Dienstpflichtverletzung mehr – es wird von der Verwaltung als unantastbare "richterliche Unabhängigkeit" legitimiert.

Der Preis für die Aufklärung – 3.121,01 Euro: Die Kosteneinziehungsstelle (KEJ) Spandau exekutiert dieses Chaos blind und ohne Rücksicht auf die ruinösen Folgen. Für vier identische, per Copy-Paste erstellte Textbaustein-Beschlüsse des OVG Berlin-Brandenburg werden viermal exakt 341,00 Euro abkassiert. Hinzu kommen historische Rechnungen vom Kammergericht, bei denen Richter (Schumacher) unanfechtbare Beschlüsse auf erwiesene Falschbehauptungen stützten, das fehlerhafte Urteil aber aus reinem Ego nicht aufhoben, sondern die Sache abschoben. Unter Androhung der Kahlpfändung und Gefährdung meines Arbeitsplatzes fordert die Kasse ungerührt Gehaltsnachweise an.

Das absolute Paradoxon: Während ich für die Aufklärung von Straftaten im Amt existenziell vernichtet werden soll, finanziert die Staatskasse den offenkundigen Prozessbetrug der Gegenseite munter über die Verfahrenskostenhilfe (VKH) weiter.

Dieser Newsletter geht an die über 50 höchsten Kontrollorgane, Rechnungshöfe, EU-Ombudsstellen und investigativen Leitmedien der Bundesrepublik. Das komplette, elektronisch und forensisch gesicherte Master-Dossier (inklusive aller eBO-Zeitstempel) liegt dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor. Wie Sie dieses erreichen, habe ich Ihnen in meiner letzten Mail geschrieben.

Wir lassen nicht zu, dass Straftaten im Amt durch exekutive Informationszensur und illegitime Kostenbescheide vertuscht werden. Jeder Cent dieser 3.121,01 Euro wird öffentlich dokumentiert. Das Sentinel-Portal bleibt online. Wir schlagen zurück.

Ja merkt Ihr was? Gar nicht so blöde der Reimer, oder? Na dann wird's Zeit das die Panzer aus den Baraken geschoben werden und man mal das Amtsgericht Kreuzberg - Den Rest überlasse ich der Fantasie meiner netten Leser vom Runden Tisch Mailer.

Christian Reimer

Administration Sentinel Welt

(Chefredaktion Sentinel-Portal.com)

https://sentinel-portal.com/beitrag/rettet_praesidentin_abel_vom_amtsgericht_kreuzberg

https://sentinel-portal.com/beitrag/das_war_strafbar_ja_ich_weiss

Empfänger dieser Nachricht:

CC-Empfänger:

- Präsidentin Diekmann <verwaltung.turmstrasse@lg.Berlin.de>
- Präsidentin Abel <poststelle@ag-kb.berlin.de>
- Berliner Staatsanwaltschaft <poststelle@sta.berlin.de>
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin <poststelle@gsta.berlin.de>
- Datenschutzbeauftragte von Berlin <poststelle@bmj.bund.de>
- Polizei Berlin <polizei@polizei.berlin.de>
- Poststelle Polizei Berlin <poststelle@polizei.berlin.de>
- Senatsverwaltungen Pressestelle <pressestelle@senwgp.berlin.de>
- Pressestelle Gerichte <Pressestelle@vg.berlin.de>
- Poststelle Staatsanwaltschaft <poststelle@aa.berlin.de>
- Bundestag Rechtsausschuss <rechtsausschuss@bundestag.de>
- bfdi Bund <poststelle@bfdi.bund.de>
- ubskm bund <poststelle@ubskm.bund.de>
- ombudsman.europa <eo@ombudsman.europa.eu>
- ec.europa <ec-justice@ec.europa.eu>
- coe <contact.echr@coe.int>
- Rechnungshof Berlin <eingaben@rh.berlin.de>
- direkte Bürgerkanal zum Ministerpräsidenten <direkt@bayern.de>
- Pressestab Bayern <presse@stk.bayern.de>
- Bayerisches Staatsministerium <poststelle@stmj.bayern.de>
- Bayerisches Staatsministerium Pressestelle <presse@stmj.bayern.de>
- Ministerium der Justiz <poststelle@jum.bwl.de>
- Ministerium der Justiz Presse <pressestelle@jum.bwl.de>
- Hessisches Ministerium <poststelle@hmdj.hessen.de>
- Hessisches Ministerium Presse <pressestelle@hmdj.hessen.de>
- Bundesministerium der Justiz Presse <presse@bmj.bund.de>
- Bayerischer Oberster Rechnungshof <poststelle@orh.bayern.de>
- Rechnungshof Baden-Württemberg <poststelle@rh.bwl.de>
- Rechnungshof Hessen <poststelle@rechnungshof.hessen.de>
- Anke Rehlinger <E-Mail.rehlinger@spd-saar.de>
- Marcus Hoffeld <stadt@merzig.de>
- Chefin der Staatsanwaltschaft <poststelle@senjustv.berlin.de>
- Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses <post@parlament-berlin.de>
- Berliner Beauftragte für Datenschutz <mailbox@datenschutz-berlin.de>
- RAin Nicole Müller <kontakt@ra-nicolemueller.de>
- Bundesrechnungshof <poststelle@brh.bund.de>
- Brandenburg Landesrechnungshof Brandenburg <poststelle@lrh.brandenburg.de>
- Bremen Rechnungshof <office@rechnungshof.bremen.de>
- Hamburg Rechnungshof <rechnungshof@rh.hamburg.de>
- Mecklenburg-Vorpommern Landesrechnungshof <poststelle@lrh-mv.de>
- Niedersachsen Landesrechnungshof <poststelle@lrh.niedersachsen.de>
- Nordrhein-Westfalen Landesrechnungshof <poststelle@lrh.nrw.de>
- Rheinland-Pfalz Rechnungshof <poststelle@rechnungshof.rlp.de>
- Saarland Rechnungshof <oststelle@rechnungshof.saarland.de>
- Sachsen-Anhalt Landesrechnungshof <poststelle@lrh.sachsen-anhalt.de>
- Schleswig-Holstein Landesrechnungshof <poststelle@lrh.landsh.de>
- Thüringen Thüringer Rechnungshof <poststelle@trh.thueringen.de>
- Publix c/o CORRECTIV <hinweise@correctiv.org>
- Anne Fromm, Ressortleiterin Reportage & Recherche <afromm@taz.de>
- @correctiv.org • Anne Fromm, Ressortleiterin Reportage & Recherche (afromm@taz.de) • Daniel Schulz, TAZ Reporter <das@taz.de>
- investigativstation <post@investigativstation.de>
- Daniel Drepper <daniel.drepper@proton.me>
- Bundespräsident <bundespraesidialamt@bpra.bund.de>
- Bundeskanzler <poststelle@bk.bund.de>
- Bundeskanzler Internetpost <internetpost@bundesregierung.de>

- Bundestagspräsident <mail@bundestag.de>
- Spitzenpolitiker <friedrich.merz@bundestag.de>
- Bundesgerichtshof BGH <poststelle@bgh.bund.de>
- Bundesverwaltungsgericht BVerwG <poststelle@bverwg.bund.de>
- Präsident/in des Bundeskriminalamtes <info@bka.de>
- Präsident/in des Bundesamtes für Verfassungsschutz <poststelle@bfv.bund.de>
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof <poststelle@generalbundesanwalt.de>
- Deutsche Presse-Agentur <info@dpa.com>
- ARD-aktuell / Tagesschau <redaktion@tagesschau.de>
- ZDF-Chefredaktion / heute-journal <info@zdf.de>
- Spiegel Redaktion <spiegel_online@spiegel.de>
- SZ <politik@sz.de>
- FAZ <briefe@faz.de>
- Amtsgericht Lichtenberg <poststelle@ag-lb.berlin.de>
- Amtsgericht Charlottenburg <Poststelle@ag-ch.berlin.de>
- Amtsgericht Mitte <Poststelle@ag-mitte.berlin.de>
- Amtsgericht Gesundbrunnen <verwaltung@ag-we.berlin.de>
- Amtsgericht Pankow <poststelle@ag-pw.berlin.de>
- Amtsgericht Tiergarten <verwaltung@ag-tg.berlin.de>
- Amtsgericht Neukölln <poststelle@ag-nk.berlin.de>
- Amtsgericht Schöneberg <Poststelle@ag-sb.berlin.de>
- Amtsgericht Spandau <poststelle@ag-sp.berlin.de>
- Amtsgericht Köpenick <poststelle@ag-kp.berlin.de>
- Verwaltungsgericht Berlin <verwaltung@vg.berlin.de>
- Oberverwaltungsgericht Berlin Presse <pressestelle@ovg.berlin.de>
- Landgericht Berlin Zivil <pressestelle@lg-zivil.berlin.de>

(BCC: 22 weitere Empfaenger – verborgen)
